

## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,  
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 13.02.2014**

***öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus, Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06100 Halle (Saale)

**Zeit:** 16:35 Uhr bis 19:35 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

### Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Jürgen Busse	CDU	abwesend ab 17:35 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	abwesend ab 19:28 Uhr
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	abwesend ab 19:28 Uhr
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Eric Eigendorf	SPD	abwesend ab 19:10 Uhr
Frau Sabine Wolff	MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM	
Herr Christoph Menn	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	abwesend ab 19:10 Uhr
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	abwesend ab 19:30 Uhr
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	abwesend ab 19:28 Uhr
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Dr. Sebastian Kranich	SKE	
Frau Martina Grummisch	Bereichsleiterin Jobcenter Halle	
Frau Sylvia Tempel	Geschäftsführerin Jobcenter Halle	
Frau Helga Schubert	Liga der freien Wohlfahrtspflege in Halle	
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter	
Herr Jörg Baus	Verwaltung	
Frau Annerose Winter	Verwaltung	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verwaltung	
Frau Kerstin Riethmüller	Verwaltung	
Frau Petra Schneutzer	Verwaltung	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verwaltung	
Frau Susanne Wildner	Verwaltung	
Herr Thomas Godenrath	Verwaltung	
Frau Konstanze Hermann	Verwaltung	
Frau Meik Voigt	Gast - Selbsthilfekontaktstelle	
Herr Dr. Piechotta	Gast - Selbsthilfekontaktstelle	

### Entschuldigt fehlen:

Herr Robert Bonan	SPD
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Ute Borchert	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Frau Dr. Christine Gröger	Verwaltung
Frau Andrea Simon	Verwaltung

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnete die Sitzung und stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

**zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte die Mitglieder und stellte als neues Mitglied Herrn Jochen Busse, CDU, vor, der gegen 16:45 Uhr an der Sitzung teilnahm. Herr Hildebrandt, CDU, wurde von seinen Ämtern entbunden und nimmt nicht mehr am SGGa teil. Die Mitglieder der CDU-Fraktion, Herr Schachtschneider, Herr Müller, Herr Czock und Frau Tomzyk-Radji, nahmen ab 16:40 Uhr an der Sitzung teil.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Abstimmung zur Tagesordnung, jedoch in geänderter Form. Sie schlug vor, die Tagesordnungspunkte „Bericht der Geschäftsführung Jobcenter“, „Bericht zur Bürgerarbeit“ und die „Vorstellung der Selbsthilfekontaktstelle“ nach der Genehmigung der Niederschrift abzuarbeiten und sich anschließend dem Punkt der Fördermittel zu widmen.

**Abstimmungsergebnis:** einstimmig zugestimmt

7	JA-Stimmen
0	NEIN-Stimmen
0	Enthaltungen

***Geänderte Tagesordnung wie folgt:***

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
4. Bericht der Geschäftsführung des Jobcenters Halle (Saale)
5. Bericht zur Bürgerarbeit durch das Jobcenter Halle (Saale)
6. Vorstellung der Selbsthilfekontaktstelle

- 7. Beschlussvorlagen
- 7.1 Fördermittel 2014 für Träger und Projekte der sozialen Arbeit der Stadt Halle (Saale) (a) pflichtiger Bereich; b) freiwilliger Bereich) Vorlage: V/2014/12408
  
- 8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die Linke., MitBÜRGER für Halle – Neues Forum und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen, Vorlage: V/2013/12186
  
- 9. schriftliche Anträge von Fraktionen und Stadträten
  
- 10. Mitteilungen
- 10.1 Themenspeicher
  
- 11. Beantwortung von mündlichen Anfragen
  
- 12. Anregungen

**Frau Hanna Haupt, SPD**, gab wiederholt den Hinweis, dass zur Abstimmung über die Fördermittelvorlage ein Mitwirkungsverbot besteht und auch an der Beratung nicht teilgenommen werden kann, wenn ein Mitglied des Ausschusses einem Verein, der Fördermittel von der Stadt Halle bezieht, angehört. Frau Hanna Haupt bat die Verwaltung, den Paragraphen der Gemeindeordnung mitzuteilen (siehe Anlage).

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wird diesen Vorschlag noch einmal beim Tagesordnungspunkt „Fördermittelvorlage“ behandeln.

### zu 3      **Genehmigung der Niederschrift**

---

Die Mitglieder des SGGA stimmten der Niederschrift vom 16. Januar 2014 zu.

**Abstimmungsergebnis:      einstimmig zugestimmt**

7	JA-Stimmen
0	NEIN-Stimmen
0	Enthaltungen

#### zu 4 Bericht des Jobcenters Halle (Saale)

---

**Frau Tempel, Geschäftsführerin des Jobcenters Halle,** verteilte die in der letzten SGGA-Sitzung am 16.01. avisierten Kundenmappen.

Anschließend nahm sie Bezug auf den Monatsbericht des Jobcenters. Es ist ein deutlicher Anstieg von Arbeitslosen aus der Erwerbstätigkeit zu verzeichnen. Dies ist jedoch für den Monat Januar nicht ungewöhnlich. Es ist jedoch eine klare Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften blieb relativ konstant.

Es wurden keine weiteren Fragen zum Bericht des Jobcenters gestellt.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** erläuterte die Statistik zu Bildung und Teilhabe. Es wurde eine spezifiziertere Aufteilung vorgenommen.

**Herr Schachtschneider, CDU,** bat um Auskunft zu den Gründen zur Versagung bei Klassenfahrten und ob bei Versagung eine Mitfahrt dann möglich ist oder nicht.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** gab an, dass fehlende Mitwirkung der Antragsteller und fehlende Unterlagen oft zur Versagung bei Klassenfahrten führen. Versagung heißt jedoch nicht, dass die Kinder nicht an der Klassenfahrt teilnehmen können. Werden die Unterlagen noch rechtzeitig eingereicht, ist eine Teilnahme der Kinder möglich. Eventuell kann auch der Kostenvorschuss für die Klassenfahrt durch die Eltern gezahlt werden; so dies nicht möglich ist, kann dann natürlich keine Mitfahrt erfolgen.

**Herr Schachtschneider, CDU,** möchte wissen, warum bei der Lernförderung Versagungen bzw. Ablehnungen vorgenommen werden.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** machte deutlich, dass die Versagung nur bei unvollständiger Vorlage von Unterlagen/Nachweisen und fehlender Mitwirkung erfolgt.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum,** erfragte, warum im Jahr 2013 eine so hohe Anzahl der Versagungen bei Bildung und Teilhabe zu verzeichnen war.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** informierte, dass die Lernförderung formal beantragt werden muss. Es muss ein Nachweis mit Begründung vorgelegt werden, warum eine Lernförderung unterstützt werden soll.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum,** bat um Mitteilung, ob die Antragsteller Unterstützung und Hilfe bei der Beantragung erhalten.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** legte dar, dass eine enge Zusammenarbeit mit den Schulen erfolgt und die Antragsteller durch Flyer informiert werden.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum,** möchte von Frau Grummisch wissen, ob durch die neue Regierung ein Ende von Bildung und Teilhabe bekannt gegeben wurde.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle,** stellte klar, dass bisher diesbezüglich keinerlei Informationen vorliegen und ein Ende für Bildung und Teilhabe auch unter der neuen Regierung nicht erkennbar ist.

**Herr Dr. Yousif, Die Linke.**, beehrte die Auskunft, warum eine Mittagessenversorgung versagt wird.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin Jobcenter Halle**, erläuterte, dass eine gemeinschaftliche Mittagessenversorgung – wie z. B. in Schulen oder Kindertageseinrichtungen – erfolgen muss.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erbat Angaben zu konkreten Hilfestellungen für die Antragsteller und wie sich die Zusammenarbeit gestaltet.

**Frau Grummisch, Bereichsleiterin im Jobcenter Halle**, machte deutlich, dass ein enges Zusammenwirken mit den Sozialarbeitern in den Schulen und mit den Familien zur Hilfestellung und Unterstützung erfolgt. Weiterhin sind im Haus Flyer ausgelegt.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte nach, ob zwischen der Einreichung der Unterlagen und der Nachreichung immer noch ein Zeitraum von einem halben Jahr liegt.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, antwortete, dass ein eigenes Team für Bildung und Teilhabe beim Jobcenter eingerichtet wurde. Die Versagungen in BuT sind anteilig an den Gesamtbewilligungen sehr niedrig. Viele Kinder profitieren von diesem Programm. Sie erklärte jedoch, evtl. eine Nachreichung vorzulegen, wie viele von den Versagungen 2013 dann auch abschließend nicht bewilligt wurden.

**Herr Busse, CDU**, bat um Erläuterung, ob bei Versagungen das Problem von Diebstählen durch Kinder eine Rolle spielt.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies diese Thematik ab. Es handelt sich hier um eine andere Angelegenheit.

## **zu 5 Bericht zur Bürgerarbeit durch das Jobcenter Halle (Saale)**

---

**Frau Tempel, Geschäftsführerin im Jobcenter Halle**, wies darauf hin, dass 1.036 Plätze für das Konzept bewilligt wurden.

Für Halle liegt eine deutlich höhere Antragszahl vor. In Magdeburg wurden z. B. 700 Plätze beantragt.

Im Jahr 2011 wurden 961 Stellen besetzt, im Jahr 2012 75.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, machte deutlich, dass es nach wie vor Probleme mit Trägern gibt. So konnten z. B. beim Stadtsportbund 30 Stellen nicht nachbesetzt werden.

In 3 Jahren war eine hohe Fluktuation zu verzeichnen, diese aufgrund unterschiedlicher Probleme. So wurden z. B. 363 Arbeitsverhältnisse vorzeitig beendet, die Stellen konnten aber nachbesetzt werden. Weiterhin führen Sucht- und gesundheitliche Probleme, Fehlzeiten etc. zu Beendigungen der Arbeitsverhältnisse.

12 Mitarbeiter nahmen während der Beschäftigung Elternzeit.

Das Jobcenter führt ein begleitendes Coaching sowie regelmäßige Treffen mit Arbeitnehmern und Trägern durch. Es erfolgt durch das Jobcenter eine intensive Unterstützung und Betreuung. So konnten 47 Arbeiter dauerhaft am Arbeitsmarkt untergebracht werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat Frau Tempel um einen Kurzbericht mit entsprechender Auswertung.

**Frau Tomczyk-Radji, CDU**, möchte wissen, ob das begleitende Coaching auch bei Weiterbildungen durchgeführt wird.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, erläuterte, dass begleitendes Coaching zur Unterstützung der Arbeitsaufnahme nach Arbeitslosigkeit durchgeführt wird. Es ist nicht Konzeptbestandteil bei Weiterbildungen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte Frau Tempel und Frau Grummisch für ihre Ausführungen.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, beantwortete die Fragen von Frau Tomczyk-Radji aus der letzten SGGA-Sitzung; wird die Beantwortung jedoch noch in schriftlicher Form nachreichen.

Zu den Fragen von **Herrn Schachtschneider, CDU**, hinsichtlich der Programme EQU und EQU plus (Einstiegsqualifizierung) erläuterte Frau Tempel, dass unter EQU 8 Eintritte und unter EQU plus 14 Eintritte verzeichnet wurden.

**Herr Schachtschneider, CDU**, regte an, darauf zu achten, dass diese Programme nicht durch Arbeitgeber genutzt werden, billige Arbeitskräfte zu erhalten. Hier steht die Ausbildung im Vordergrund.

**Frau Tempel, Geschäftsführerin Jobcenter Halle**, legte dar, dass im Jahr 2012 69 Eintritte und diesbezüglich 39 Ausbildungen erfolgten, im Jahr 2013 konnten 51 Eintritte verzeichnet werden, davon sind zz. 9 Arbeitnehmer in Ausbildung, die jedoch noch nicht abgeschlossen wurde.

## zu 6      **Vorstellung der Selbsthilfekontaktstelle (SHK)**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, begrüßte Frau Voigt und Herrn Dr. Piechotta. Frau Voigt übernimmt die Vorstellung der SHK (Selbsthilfekontaktstelle), Herr Dr. Piechotta erläutert später die Nutzung der Fördermittel.

Im Jahr 1990 entstand die Selbsthilfekontaktstelle und war bis 1997 eine städtische Einrichtung. Danach wurde die Selbsthilfekontaktstelle durch den Paritätischen Wohlfahrtsverband übernommen. Zurzeit sind 1,75 Stellen bei der SHK besetzt, empfehlenswert sind 2,5 Vollzeitstellen.

Frau Voigt verwies hier auf das mitgelieferte Handout, das dem Protokoll beiliegt.

Die SHK ist die größte Einrichtung in Sachsen-Anhalt und hat die meisten Selbsthilfegruppen. Es finden jährlich 361 Gruppentreffen mit 2.477 Teilnehmern statt. Alle von der SHK angebotenen Leistungen sind kostenlos. Es erfolgt eine kostenlose Veröffentlichung der Gruppentreffen in der Mitteldeutschen Zeitung.

Als eine herausragende Selbsthilfegruppe ist der Lebens(t)raum aufzuführen. Es handelt sich hier um einen Verein für den Elternkreis behinderter und chronisch kranker Kinder.

Frau Voigt möchte noch auf den Tag der Apotheken und Selbsthilfe am 19. Juni hinweisen, den die SHK eigenständig organisiert und finanziert.

Herr Dr. Piechotta erläuterte anhand des Ausgaben-/Finanzierungsplans für 2013 die Unterstützung durch Fördermittel.

Durch die Stadt Halle wurden im Jahr 2013 24.500 Euro zur Verfügung gestellt. Herr Dr. Piechotta wies darauf hin, dass der Fördermittelanteil in früheren Jahren deutlich höher lag, nämlich bei 37.000 Euro. Vom Landkreis Saalekreis wurde die SHK mit 10.000 Euro, durch die Krankenkassen mit 33.000 Euro und durch die Deutsche Rentenversicherung mit 22.2000 Euro gefördert. 500 Euro werden aus Eigenmitteln aufgebracht. Im Jahr 2014 wird ein Fehlbedarf von rund 5.500 Euro erwartet, dies aufgrund der Reduzierung von Krankenkassenmitteln und durch die Steigerung der Personalkosten. Herr Dr. Piechotta kündigte an, den Fördermittelantrag für 2015 deutlich höher anzusetzen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, dankte Frau Voigt und Herrn Dr. Piechotta für ihre außerordentliche Arbeit und wünschte weiterhin alles Gute, viel Erfolg und Durchhaltevermögen.

**Herr Dr. Yousif, Die Linke.**, bat um Auskunft, wie viel ausländisches Klientel in der SHK zu verzeichnen ist und ob der SHK für diese Selbsthilfegruppe Spenden zukommen.

**Frau Voigt, Vorsitzende der SHK**, zeigte auf, dass es eine Selbsthilfegruppe – vorwiegend mit afrikanischen Mitbürgern – gibt. Diese Selbsthilfegruppe kümmert sich vor allem um psychische und seelische Erkrankungen. Zur Spendenbereitschaft äußerte sich Frau Voigt dahingehend, dass es schwierig ist, Spenden für die einzelnen Selbsthilfegruppen einzuteilen, die SHK versteht sich als „Sammelbecken“ für Spenden und verteilt diese so, dass alle Selbsthilfegruppe bedient werden oder an die Stellen, an denen das Geld am nötigsten gebraucht wird.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, äußerte sich, dass die SHK eine sehr wichtige Arbeit verrichtet. Das Krankheitsfeld ist weiter ansteigend. Das Problem „Erkrankungen“ wird auf Träger und Kommunen abgeladen, was eigentlich die Krankenkassen abdecken müssten. Frau Wolff zollte Hochachtung vor den Aufgaben und der Arbeit der SHK.

**Frau Tomczyk-Radji, CDU**, möchte wissen, ob Fragen nach Durchsicht des Handouts nachgereicht werden können.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte nach, wie die Fehlbedarfe aufgefangen werden.

**Frau Voigt, Geschäftsführerin SHK**, gab an, dass neue Partner gesucht werden müssen, die finanzielle Unterstützung ermöglichen. Weiterhin machte sie klar, dass Fragen jederzeit nachgereicht werden können und beantwortet werden.



zu 7 **Beschlussvorlagen**  
zu 7.1 **Fördermittel 2014 für Träger und Projekte der sozialen Arbeit der Stadt Halle (Saale) (a) pflichtiger Bereich; b) freiwilliger Bereich)**  
**Vorlage: V/2014/12408**

---

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, nahm noch einmal den Vorschlag von Frau Hanna Haupt, SPD, auf, dass bei Befangenheit ein Bekenntnis erfolgen muss. Auch bei Befangenheit der sachkundigen Einwohner kann keine Teilnahme an Diskussion und Beratung erfolgen. Die Fördermittel sind im Haushalt der Stadt Halle (Saale) freigegeben. Frau Ute Haupt bat um Abstimmung im Sinne der Vereine. In diesem Zusammenhang brachte Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, noch einmal ihren Dank zum Ausdruck, dass die Verwaltung die Fördermittelvorgabe entsprechend den Vorgaben des Ausschusses überarbeitet hat.

**Herr Schachtschneider, CDU**, sah keine Probleme hinsichtlich der Abstimmung. Jedoch fehlen bei einigen Vereinen weitergehende Informationen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, gab an, dass die Verwaltung vorbereitet ist und entsprechend informieren kann.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, machte noch einmal darauf aufmerksam, dass keine Gesamtabstimmung erfolgt, sondern über die einzelnen Zielgruppen abgestimmt wird.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, wies darauf hin, dass sie gemäß Geschäftsordnung den sachkundigen Einwohnern vor jeder Abstimmung die Möglichkeit einräumt, eine Stimmempfehlung abzugeben.

## **Pflichtiger Bereich**

### ***1. Obdachlosigkeit***

#### **Evangelisches Kreiskirchenamt**

**Herr Dr. Yousif, Die Linke.**, fragte nach, warum die Förderung für 2014 erhöht wurde.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, erklärte, dass die Erhöhung der Förderung mit gestiegenen Personalkosten – um 4,5 % - begründet ist.

#### **Evangelische Stadtmission**

**Frau Hanna Haupt, SPD**, fragte nach, ob die Mietkosten subventioniert werden.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, antwortete, dass bei der Wärmestube der Träger auch anteilig Miete und Betriebskosten übernimmt.

## Abstimmungsergebnis:

sachkundige Einwohner	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<i>einstimmig zugestimmt</i>
Stadträte	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<i>einstimmig zugestimmt</i>

## **2. Behinderte und Kranke**

**Herr Menn, Bündnis 90/Die Grünen**, bat um Auskunft, warum bei den Beträgen kein Aufwuchs verzeichnet ist.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, machte klar, dass die Anträge entsprechend gestellt wurden.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, begehrte die Information, ob Drittmittel vorhanden sind.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, erfragte, wie hoch die Kosten im pflichtigen Bereich sind.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, machte deutlich, dass die Stadt zur Zahlung von Fördermitteln verpflichtet ist. Hierbei entscheidet jedoch die Stadt, in welcher Höhe Fördermittel ausgezahlt werden. Diese liegen am unteren Rand.

**Herr Schachtschneider, CDU**, möchte zum Allgemeinen Behindertenverband wissen, warum nur Sach- und keine Personalkosten aufgeführt wurden.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, führte dazu aus, dass der Behindertenfahrdienst eingestellt wurde und daher keine Personalkosten mehr anfallen.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, erläuterte weitergehend, dass nur noch eigene Mitglieder gegen Zahlung eines Entgelts den Fahrdienst nutzen.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, klärte auf, dass die Fördermittel für Miete, Betriebskosten und Öffentlichkeitsarbeit verwendet werden.

**Herr Dr. Bartsch, Die Linke.**, erkundigte sich, warum in einigen Anträgen 1 % Eigenmittel, manchmal aber auch 20 % aufgeführt wurden.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, sagte aus, dass viele Träger nur begrenzt Gelder zur Verfügung stellen können und dadurch die Prozentzahl der Eigenmittel schwankt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Verein</b>	<b>sachkundige Einwohner - SKE</b>	<b>Stadträte</b>
Allgemeiner Behindertenverband	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
AIDS-Hilfe	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
DPWV	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Telefonseelsorge	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

### 3. Ratsarbeit

Herr Schachtschneider, CDU, möchte wissen, wieso keine Drittmittel eingeworben wurden.

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum, bat um Erläuterung, welche Sachkosten beim Ausländerbeirat finanziert werden.

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, klärte auf, dass es sich beim Seniorenrat um Betriebs- und Sachkosten handelt. Zur Höhe des Sponsorings – Miete – wird nachgefragt. Der Ausländerbeirat benötigt Sachkosten im Wesentlichen für die Öffentlichkeitsarbeit.

#### Abstimmungsergebnis:

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
Ausländerbeirat	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Seniorenrat	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	9 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

### 4. Senioren

Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum, gab an, dass bei der Volkssolidarität Hilfe zur Überwindung von sozialen Schwierigkeiten geleistet wird. Warum erfolgt hier eine Aufteilung in 2 Vereine.

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, machte deutlich, dass es sich um 2 eigenständige Vereine handelt, nämlich um den Landesverband VS und um die Stiftung VS.

Für Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum, war es unerklärlich, dass eine Stiftung Fördermittel erhält und sich nicht selbst trägt. Dies sei nicht hinzunehmen.

Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales, zeigte auf, dass sich die Stiftung aus dem Verein VS 1990 e. V. (Standorte Hettstedter Straße, Kreuzerstraße und Marienkirche) gebildet hat. Bezuschusst werden 3 Begegnungsstätten.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, ersuchte um Auskunft, warum so hohe Sachkosten durch die Vereine angesetzt wurden. Werden diese nicht durch die Wohnungsgesellschaften/-genossenschaften unterstützt?

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, wies darauf hin, dass es sich um angemietete Objekte handelt und daher auch die Sachkosten als Miet- und Betriebskosten anfallen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, bat um Mitteilung, ob beide Vereine der Volkssolidarität Drittmittel erhalten.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, erläuterte, dass für den Fohlenweg Drittmittel vom Rententräger zur Verfügung gestellt werden.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, empfahl, an den Rententräger heranzutreten.

**Herr Schachtschneider, CDU**, begehrte die Information, ob Personal- und Sachkosten überhaupt förderfähig sind.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, bejahte diese Frage.

**Herr Dr. Kranich, SKE**, fragte an, womit der Aufwuchs der Sachkosten beim VS LV begründet ist.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, gab an, dass der Fohlenweg im Jahr 2013 ein halbes Jahr und in 2014 ein ganzes Jahr gefördert wurde/wird. Dadurch ist der Aufwuchs begründet.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, machte deutlich, dass ein Angebot des Bürgerladens sowie der Volkssolidarität vorliegt. Nach ihrer Auffassung verrichten beide Einrichtungen die gleiche Arbeit und damit könnte ein Verein entfallen.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, sagte aus, dass die Personalkosten für den Verein Bürgerladen nicht mehr gefördert werden. Der Verein besteht durch ehrenamtliche Arbeit. Die 5.000 Euro sind ein sehr geringer Anteil für Sachkosten, das Niveau kann so kaum noch gehalten werden.

Zur Stiftung Volkssolidarität 1990 führte Frau Riethmüller aus, dass nur noch 3 von 5 Förderstätten gefördert werden. Sie wies darauf hin, dass ein barrierefreier Zugang nicht überall möglich ist. Es gibt nur wenige solcher Begegnungsstätten für Senioren.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, meinte, dass mehrere Gruppen mit einem Ziel zusammengelegt werden sollen. Sie wird daher nicht an der Abstimmung teilnehmen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, bemerkte, dass viele Kirchengemeinden keine Förderung erhalten und ehrenamtliche Seniorenarbeit leisten.

### Abstimmungsergebnis:

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
Stiftung VS 1990	3 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 3 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
VS LV	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 3 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Bürgerladen	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

### **5. Sucht- und psychisch Kranke**

**Frau Hanna Haupt, SPD,** erfragte, warum die Drittmittel in unterschiedlicher Höhe verzeichnet sind.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales,** machte deutlich, dass es sich hier um die Suchtberatungsstellen handelt.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Verein</b>	<b>sachkundige Einwohner - SKE</b>	<b>Stadträte</b>
AWO	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Evangelische Stadtmission	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
DROBS	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Evangelischer Kirchenkreis	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Stadtinsel	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

**Herr Müller, CDU**, möchte wissen, warum die Beträge beim evangelischen Kirchenkreis zwischen dem Antrag 2014 und dem Vorschlag 2014 differieren.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, erläuterte, dass eine haushaltstechnische Aufrundung erfolgte, die Auszahlung/Bewilligung jedoch nur in der beantragten Höhe vorgenommen wird.

## **6. Schuldnerberatung**

**Herr Schachtschneider, CDU**, bat um Erklärung, warum die Personalkosten der Verbraucherzentrale so hoch angesetzt wurden.

Auch **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, möchte wissen, warum ein so enormer Aufwuchs zu verzeichnen ist.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, äußerte sich dazu, dass bisher in der Stadtverwaltung 7 Stellen für die Schuldnerberatung verankert waren. Im Jahr 2014 wurde um 1 Stelle reduziert, so dass für die städtische Schuldnerberatung nur noch 6 Stellen zur Verfügung stehen. 1 Stelle musste somit kompensiert werden, so dass damit die Schuldnerberatung der Verbraucherzentrale höher gefördert wird. Im Jahr sind 2.400 Fälle zu bearbeiten. Bei einem Vergleich mit anderen Schuldnerberatungsstellen legte die Verbraucherzentrale das günstigste Kosten-Leistungs-Angebot vor.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, führte weiter aus, dass nur die Schuldner-, nicht jedoch die Insolvenzberatung gefördert wird. Sie führte weiter anhand eines Fallbeispiels aus, dass pro Fall Kosten von 166 bis 500 Euro entstehen. Das günstigste Angebot legte die Verbraucherzentrale vor.

**Herr Schachtschneider, CDU**, fragte nach, wie die Trennung zwischen Schuldner- und Insolvenzberatung vorgenommen wird.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, sagte aus, dass die Personalstellen nach sozialer Schuldnerberatung und Insolvenzberatung getrennt ausgewiesen werden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, stellte fest, dass bei der Verbraucherzentrale 195.110 Euro Personalkosten anfallen.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, möchte wissen, warum die Stelle beim Fachbereich Soziales gestrichen wurde.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, gab an, die Stelle wurde gestrichen. Ursprünglich haben sogar 2 Stellen zur Disposition gestanden. Die eine im Zuge der allgemeinen kw-Setzungen, die andere im generellen Fall.

**Herr Dr. Kranich, SKE**, fragte erneut nach, warum der Stellenstreichung zugestimmt wurde.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, äußerte sich dahingehend, dass die Stelle im Stellenplan gestrichen wurde. Dieser einen Stellenstreichung stimmte der Stadtrat auch zu.

**Herr Schachtschneider, CDU**, machte deutlich, dass keinerlei Einsparung durch die Stellenstreichung und anschließende Abgabe der Aufgaben an die Verbraucherzentrale und die damit verbundene Förderung eingetreten ist.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, rechtfertigte sich, dass keine Alternative zur Stellenstreichung bestand. Die Stelle wurde im Zuge der Neustrukturierung an das Dienstleistungszentrum Familie übertragen.



**Herr Müller, CDU**, fragte nach, warum der Vorschlag zur Stellenstreichung vom Fachbereich Soziales erfolgte.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Soziales**, entgegnete, dass der Vorschlag nicht von seinem Fachbereich unterbreitet wurde. Aus gesamtstädtischer Sicht ist die Entscheidung aber nachvollziehbar.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Auskunft, warum die Personalkosten der Verbraucherzentrale trotz der geringen Stellenanzahl so hoch sind.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, erläuterte, dass im Jahr 2013 bereits 110.000 Euro für Personalkosten bei der Verbraucherzentrale angegeben wurden.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, war jedoch weiterhin unklar, warum jetzt so hohe Personalkosten bei der Verbraucherzentrale auftreten, obwohl nur eine zusätzliche Stelle geschaffen wurde. 153.270 Euro ausschließlich für Personalkosten bei der Verbraucherzentrale im Vergleich zu den anderen Vereinen erscheinen eindeutig zu hoch.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, äußerte sich, dass der Kostenaufwuchs mit der zusätzlichen Stelle begründet wird. Die im Antrag ausgewiesene Summe geht von 2 zusätzlichen Stellen aus. Da jedoch nur Mittel in Höhe von rund 40.000 Euro zur Verfügung stehen, kann nur um 1 Stelle erweitert werden.

**Abstimmungsergebnis:**

<b>Verein</b>	<b>sachkundige Einwohner - SKE</b>	<b>Stadträte</b>
Courage e. V.	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
HRV e. V.	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Verbraucherzentrale	3 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 3 Enthaltungen	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 3 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

# GESAMT:

## zusammengefasstes Abstimmungsergebnis (gruppenbezogen):

### *Pflichtiger Bereich*

	<b>sachkundige Einwohner - SKE</b>	<b>Stadträte</b>
Obdachlosigkeit	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Behinderte und Kranke	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Ratsarbeit	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Senioren	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Sucht- und psychisch Kranke	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Schuldnerberatung	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt

## Freiwillige Leistungen

### **1. Obdachlosigkeit**

**Frau Hanna Haupt, SPD**, gab an, dass weniger Verkäufer als in den Vorjahren gesichtet werden. Der Verkauf muss öffentlichkeitswirksamer erfolgen.

**Herr Schachtschneider, CDU**, erkundigte sich, wie die Eigenmittel finanziert werden.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, wird beim Pflaster e. V. diesbezüglich nachfragen.

**Herr Müller, CDU**, äußerte sich, dass wohl 16 bis 18 Straßenverkäufer für den Pflaster e. V. tätig sind.

Die Antwort wurde durch die Anwesenden bejaht.

### Abstimmungsergebnis:

sachkundige Einwohner - SKE	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Stadträte	8 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>

## **2. Behinderte und Kranke**

**Herr Schachtschneider, CDU**, beehrte Informationen zu den Problemen bei dem Verein Gebärdendolmetscher.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, sagte dazu aus, dass die telefonische Erreichbarkeit des Vereins immer wieder zu Beschwerden führte. Auch wurde der Fördermittelantrag sehr spät eingereicht. Man musste hier einen Kompromiss eingehen.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, stellte klar, dass der LAG für Gebärdendolmetscher die einzige Anlaufstelle und Hilfsmöglichkeit für Hörgeschädigte in der Stadt Halle (Saale) ist. Die dort beschäftigte Mitarbeiterin ist selbst taub, dadurch ist eine schlechte telefonische Erreichbarkeit begründet. Die Zahlung der 3.000 Euro Fördermittel wurde als Kompromiss zwischen ihm und dem Fachbereich Soziales geschlossen.

**Herr Schachtschneider, CDU**, stellte den Antrag, da es sich um den einzigen Verein zur Förderung und Unterstützung Hörbehinderter handelt und auch nur 1 Stelle dafür vorgesehen ist, dass die Fördersumme des letzten Jahres eingestellt wird, und zwar abgerundet 8.000 Euro.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, erklärte, dass keine finanziellen Mittel für eine Erhöhung der Fördermittelsumme zur Verfügung stehen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, fragte, ob der Ausgleich innerhalb der Zielgruppe vorzunehmen ist.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, verneinte dies.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, konnte die Begründung für die Björn Schulz Stiftung Kinderhospiz nicht nachvollziehen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, legte dar, dass die Stiftung bereits im letzten Jahr sehr hoch gefördert wurde. Es müssten Spenden eingeworben werden. Die angegebenen Personalkosten sind sehr hoch angesetzt. Hier sind Prioritäten zu setzen.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, sagte aus, dass die Personalkosten für die Björn Schulz Stiftung Kinderhospiz separat bei der Krankenkasse beantragt wurden.

**Herr Müller, CDU**, möchte Auskunft, ob eine Verwendungsnachweisprüfung bei den Gebärdendolmetschern erfolgte.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, und **Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, berichteten, dass der Verwendungsnachweis 2012 erst nach 3-maliger Aufforderung im Dezember 2013 eingereicht wurde.

**Herr Dr. Fischer, Behindertenbeauftragter**, machte deutlich, dass die Beratung der Gehörlosen nur eine Aufgabe des LAG der Gebärdendolmetscher darstellt. Es werden weitere vielfältigere Aufgaben durch die Beratungsstelle übernommen. Sollte die Stelle hier in Halle wegfallen, erfolgt eine Koordinierung durch Magdeburg.

**Herr Baus, Fachbereichsleiter Fachbereich Soziales**, fragte nach, an welcher Stelle die Einsparung in Höhe von 5.000 Euro für die zusätzlichen Fördermitteln für den LAG vorgenommen werden soll.

**Herr Schachtschneider, CDU**, erklärte, dass eine Einsparung bei der CARITAS - Sozialkaufhaus in Höhe von 5.000 Euro vorgenommen wird, um den Ausgleich für den LAG zu schaffen. Er stellte einen dementsprechenden Antrag.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, zeigte auf, dass es hier zu Abstimmungsschwierigkeiten kommen wird.

Weitere Fragen wurden nicht gestellt.

### ***3. Sucht- und psychisch Kranke***

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte an, warum eine Kürzung bei DROBS vorgenommen wurde.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, gab Auskunft, dass von DROBS bereits im letzten Jahr nicht die volle Förderung benötigt wurde, somit wurde in diesem Jahr eine Kürzung der Fördermittel vorgenommen.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, bat um Information, wie sich die Förderung für das Sozialkaufhaus der CARITAS zusammensetzt.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, legte dar, dass Personal- und Sachkosten insgesamt gefördert werden.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte nach, wie viel Personal bei der CARITAS beschäftigt wird.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, konnte diese Frage nicht beantworten und wird bei der CARIATS diesbezüglich noch einmal nachfragen.

**Herr Dr. Bartsch, Die Linke.**, bat um Auskunft, ob der Standort selbstfinanziert wird.

**Frau Tomczyk-Radji, SKE CDU**, möchte wissen, warum der Soziale Beratungsdienst (SBS) zweckgebunden finanziert wird.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, sagte aus, dass ein Gesamtantrag über 45.000 Euro durch die CARIATS gestellt wurde. Zweckgebunden werden 10.000 Euro für den sozialen Beratungsdienst eingesetzt.

**Herr Schachtschneider, CDU**, möchte wissen, ob es sich bei den Sachkosten der Freiwilligenagentur um Mietkosten handelt.

**Frau Winter, Abteilungsleiterin Fachbereich Soziales**, bejahte.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, äußerte sich, dass die Projekte 1 und 3 der Freiwilligenagentur das gleiche Ziel verfolgen und eine Zusammenlegung sinnvoll wäre.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, gab an, dass die Zielgruppe „Senioren“ angesprochen wird. Das Projekt Nr. 3 ist separat zu betrachten, da hier Fördermittel über 20.000 Euro beantragt wurden. Die Projekte sind explizit auseinander zu halten.

**Herr Schachtschneider, CDU**, sah ein Problem beim Projekt Nr. 3 hinsichtlich der Einwerbung von Geldern.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, gab bekannt, dass Gespräche mit potentiellen Partnern anlaufen und Chancen zur Vernetzung optimaler gestaltet werden sollen.

**Frau Hanna Haupt, SPD**, warnte vor immer neuen Modellprojekten.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte nach, worin der Unterschied zwischen der Arbeit der Freiwilligenagentur und den Begegnungsstätten besteht.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, zeigte auf, dass soziale Fragen in den Begegnungsstätten behandelt werden, die Freiwilligenagentur organisiert Aktivitäten für Senioren.

**Herr Dr. Kranich, SKE**, bat um die Einschätzung des Seniorenrates zu den Beratungsstellen.

**Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, erklärte, dass Herr Dorn, Seniorenrat, für die Sitzung entschuldigt ist.

**Frau Riethmüller, Seniorenbeauftragte**, machte deutlich, dass der Seniorenrat die Projekte unterstützt. Diese laufen in den meisten Fällen über einen Zeitraum von 2 Jahren. Das Ziel ist ein Näherkommen im Netzwerk.

Zu den Punkten „Begegnungszentren“ und „Selbsthilfegruppen“ wurden keine weiteren Fragen gestellt.

**Über den von Herrn Schachtschneider, CDU, gestellten Antrag:**

1. Die Fördermittel für den LAG Gebärdendolmetscher von 3.000 auf 8.000 Euro zu erhöhen.
2. Eine Kürzung der Fördermittel der CARITAS um 5.000 Euro und somit von 20.000 Euro auf 15.000 Euro vorzunehmen, um damit den Ausgleich für die erhöhte Förderung des LAG zu finanzieren.

**wurde wie folgt abgestimmt:**

sachkundige Einwohner - SKE	0 JA-Stimmen 6 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig abgelehnt</b>
Stadträte	2 JA-Stimmen 4 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
	<b>abgelehnt</b>

**Abstimmungsergebnis:**

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
LAG Gebärdendolmetscher	1 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Sachsen-Anhaltische Krebsgesellschaft e. V.	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Björn Schulz Stiftung Kinderhospiz Halle	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
Blinden- und Sehbehindertenverband	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Evangelische Stadtmission	3 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Ampel-Verein	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Mit Handicap leben e. V.	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
drobs Halle	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
CARITAS Sozialkaufhaus	3 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
CARITAS	4 JA-Stimmen	7 JA-Stimmen
Sozialer Beratungsdienst	0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen	0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Vorruhestand Chemieregion	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	6 JA-Stimmen 1 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>mehrheitlich zugestimmt</b>
Freiwilligenagentur 1. Förderung Bürgerengagements von und für ältere Menschen	3 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen 1 Befangen (Herr Mohamad)	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Freiwilligenagentur 2. Partizipation und Engagement für und mit Migranten	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen 1 Befangen (Herr Mohamad)	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Freiwilligenagentur 3. Netzwerk Nachbarschaften	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen 1 Befangen (Herr Mohamad)	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 2 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>



Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
Selbsthilfekontaktstelle (SHK)	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
SPI	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Humanistischer Regionalverband	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
Jugendwerkstatt „Frohe Zukunft“	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
SKV Kita gGmbH	4 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen 1 Befangen (Frau Wunderlich)	6 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 1 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>
SPI mbH	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

Verein	sachkundige Einwohner - SKE	Stadträte
SJG Lebenswert	5 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen	7 JA-Stimmen 0 NEIN-Stimmen 0 Enthaltungen
	<b>einstimmig zugestimmt</b>	<b>einstimmig zugestimmt</b>

Herr Mohamad, sachkundiger Einwohner, und Frau Wunderlich, sachkundige Einwohnerin, zeigten ihre Befangenheit durch Einnahme eines Platzes im Zuschauerraum an.

## **GESAMT:**

### **zusammengefasstes Abstimmungsergebnis (gruppenbezogen):**

#### *Freiwillige Leistungen*

	sachkundige Einwohner – SKE	Stadträte
Obdachlosigkeit	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Behinderte und Kranke	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Sucht- und psychisch Kranke	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Sozialraumorientierte und bürgerschaftliche Selbsthilfe	einstimmig zugestimmt	zugestimmt
Begegnungszentren	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt
Selbsthilfegruppen	einstimmig zugestimmt	einstimmig zugestimmt

**zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten**  
**zu 8.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Die LINKE., MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM und SPD-Stadtratsfraktion zur Vermeidung von Geschlechterstereotypen in städtischen Veröffentlichungen**  
Vorlage: V/2013/12186

---

Die CDU-Fraktion verließ den Raum.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, fragte Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses,** ob die Beschlussfähigkeit des Ausschusses noch gegeben ist.

Ein Antrag auf Beschlussunfähigkeit wurde von einem Ausschussmitglied nicht gestellt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Weitere Anträge von Fraktionen und Stadträten lagen nicht vor.

**zu 9 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 10 Mitteilungen**

---

**Frau Hanna Haupt, SPD,** legte einen Artikel der Thüringer Allgemeinen Zeitung zum Thema „Geschlechterstereotypen“ vor.

**zu 10.1 Themenspeicher**

---

- wie ausgewiesen

## zu 11 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, fragte nach, warum Herr Godenrath am SGGA teilnimmt und welche Aufgaben er in der Stadtverwaltung begleitet.

**Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales**, erläuterte, dass Herr Godenrath teilweise die Koordinationsaufgaben des Ausschusses für das Beigeordnetenbüro im Dezember 2013 übernommen hat sowie die Aufgaben der gestrichenen Stelle „Führungsunterstützung“ übernehmen soll. Weiterhin ist er für den Aufbau des Hauses der Jugend zuständig.

**Frau Wolff, MitBÜRGER für Halle – Neues Forum**, zeigte Unverständnis, dass im Stadtplan der „Bürgerinformation“ des Gesunden Städteprojektes keine Straßenbahnlinien eingezeichnet wurden.

## zu 12 Anregungen

---

Es lagen keine Anregungen vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.03.14

---

Tobias Kogge  
Beigeordneter für Bildung und Soziales

---

Ute Haupt  
Ausschussvorsitzende

---

Konstanze Hermann  
Protokollführerin